

WDA Forum



University of St.Gallen

The WDA – HSG Discussion Paper Series

on Demographic Issues

Die Schweiz und ihre Demografie

by Hans Groth

No. 2009/3



Die Schweiz und ihre Demographie

by Hans Groth

The WDA-HSG Discussion Paper Series
on Demographic Issues

No. 2009/3

MANAGING EDITORS:

Monika BÜTLER	Professor, University of St.Gallen, Switzerland
Ilona KICKBUSCH	Professor, The Graduate Institute of International and Development Studies, Switzerland
Alfonso SOUSA-POZA	Secretary, WDA Forum Foundation, Switzerland Professor, University of Hohenheim-Stuttgart, Germany

ADVISORY BOARD OF THE WDA FORUM:

Marcel F. BISCHOF	Founder of WDA, Spain
Richard BLEWITT	CEO, HelpAge International, UK
David E. BLOOM	Clarence James Gamble Professor of Economics and Demography, Harvard University, USA
Robert BUTLER	CEO and President, ILC, USA
Joseph COUGHLIN	Professor and Director AgeLab, Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA
Monica FERREIRA	Director, International Longevity Centre-South Africa, University of Cape Town, South Africa
Oliver GASSMANN	Professor of Technology Management, University of St. Gallen, Switzerland
Peter GOMEZ	Chairman of the Board, Swiss Exchange (SWX), Switzerland
Melinda HANISCH	Director, Policy and Alliances, Corporate Responsibility and Global Policy Support, Merck & Co., Inc., USA
Werner HAUG	Director, Technical Division, United Nations Population Fund, New York
Dalmer HOSKINS	Director, Office of Policy Development and Liaison for Public Trustees, US Social Security Administration, USA
Alexandre KALACHE	Head, International Centre for Policies on Ageing, Rio de Janeiro, Brazil
Ursula LEHR	Former German Minister of Health and Family, and founding Director of the German Centre for Research on Ageing, Germany
John P. MARTIN	OECD Director for Employment, Labour & Social Affairs, Paris
Jean-Pierre MICHEL	Professor and Director, Department of Geriatrics of the University Hospitals of Geneva, Switzerland
Rainer MÜNZ	Head of Research and Development, Erste Bank der Oesterreichischen Sparkassen AG, Austria
Hiroyuki MURATA	President, Social Development Research Centre, Japan
Alexandre SIDORENKO	Head, UN Focal Point on Ageing, New York
Alan WALKER	Professor, Director New Dynamics of Ageing Programme and Director of the European Research Area in Ageing ERA-AGE, UK
Erich WALSER	Chairman of the Board of the Helvetia Group, Switzerland

Main partners of the WDA Forum are:

Helvetia Group
Merck & Co., Inc.
University of St.Gallen

This discussion paper series is kindly supported by the Ecoscientia Foundation

The opinions expressed in this article do not represent those of WDA Forum.

Die Schweiz und ihre Demografie

HANS GROTH^{*}

- Evolution der Wohnbevölkerung bis 2030/50 und absehbare regionale Unterschiede
- Migration und langfristige bevölkerungspolitische Szenarien
- Gesundheit und Bildung als volkswirtschaftliche Wachstumsreserven
- Seitenblick auf die Struktur der Volkswirtschaft und ihre Schlüsselbranchen
- Vergleich mit europäischen Nachbarländern
- Demografie und Zukunftsfähigkeit

^{*} Dr. Hans Groth ist Gastdozent an der Universität St. Gallen (Schweiz) und Mitglied der Geschäftsleitung von Pfizer (Schweiz) . [Hans.Groth@pfizer.com].
Besonderer Dank für die umfangreiche Unterstützung bei der Erstellung des vorliegenden Manuskriptes gilt Frau Iris Hoßmann (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung).

Zusammenfassung

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung veröffentlichte 2008 eine vielbeachtete Studie mit dem Titel: „Die demografische Zukunft von Europa“. In dieser wurden 285 europäische Regionen mittels eines anerkannten Indikatorensystems hinsichtlich ihrer demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung vergleichend analysiert und bewertet. Diese Regionen entsprechen grösstenteils den nationalen Verwaltungseinheiten der Länder – beispielsweise den Schweizer Kantonen, die wiederum zu sieben Großregionen zusammengefasst sind. Nur auf einer solchen administrativen Ebene sind sozioökonomische Daten vorhanden und europaweit auch vergleichbar.¹ Für die sieben Schweizer Regionen ist diese Analyse auf Grund des neuesten Datenmaterials bis 2008 nochmals aktualisiert worden. Die Indikatoren geben somit die neueste verfügbare demografische Entwicklung in den Schweizer Regionen wieder und bieten damit die wissenschaftliche Grundlage für einen Diskurs zu Fragen der bevölkerungspolitischen, wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung der Schweiz.

Die wesentlichen Erkenntnisse für die Schweiz sind:

- Die Schweizer Bevölkerung ist in den letzten Jahren jährlich um fast ein Prozent gewachsen. Dies ging hauptsächlich auf Wanderungsgewinne aus dem Ausland zurück, welche im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch sind.
- Gleichzeitig konnte die Migration die Alterung der Bevölkerung geringfügig abbremsen. Dennoch bleiben die vielfältigen Herausforderungen der Alterung weiterhin bestehen. Im Jahr 2007 waren rund fünf Prozent der Bevölkerung über 80 Jahre alt. Bis zum Jahr 2030 wird sich dieser Anteil auf fast acht Prozent erhöhen.
- Die Schweiz hat eine der höchsten Lebenserwartungen in Europa und gleichzeitig den grössten Zugewinn an gesunden Lebensjahren der über 65-Jährigen.
- Der starke Wirtschaftsboom der letzten Jahre liess die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften rasant ansteigen. Auch die Erwerbsbeteiligung von 55 bis 65-Jährigen und Frauen ist kontinuierlich angestiegen und zählt zu den höchsten unter den europäischen Ländern.
- Erste Anzeichen einer Trendwende dieser positiven Gesamtentwicklung infolge der Wirtschaftskrise sind auch in der Schweiz seit Anfang 2009 sichtbar. Diese Anzeichen sind:

¹ European Commission (2007): European Regional and Urban Statistics. Luxembourg.

Negative Wirtschaftsentwicklung und eine prognostizierte Rezession, steigende Arbeitslosenzahlen und weniger Zuwanderer aus dem Ausland.

Um diese erwartete Bevölkerungsentwicklung mit Vision und Zuversicht aufzugreifen, müssen heranwachsende Nachwuchsgenerationen entsprechend vorbereitet und ausgebildet werden. Nur so werden sie mit kreativen Lösungsansätzen und neuen Geschäftsmodellen die Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft in 15 - 20 Jahren mit Erfolg meistern.

Die Schweiz

Die Schweizer Regionen profitierten in den vergangenen Jahren unterschiedlich stark von der konjunkturellen Entwicklung des Landes. Der Föderalismus und die damit verbundene Autonomie der Kantone beispielweise im Bildungssystem unterstützen diesen Trend zusätzlich. Wie sich die Regionen in den Bereichen Demografie, Wirtschaft oder Arbeitsmarkt entwickeln, in welchen Bereichen sie sich unterscheiden und in welchen sie sich ähneln, soll eine Regionalbetrachtung anhand ausgewählter Indikatoren klären. Als regionale Ebene wurden die Großregionen der Schweiz gewählt, die den NUTS-2-Regionen der Europäischen Kommission entsprechen. Diese statistische Systematik der Gebietseinteilung, kurz NUTS genannt, dient der Klassifizierung und dem Vergleich räumlicher Ebenen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In der Schweiz zählen zu den NUTS-2-Regionen die Genferseeregion, Espace Mitteland, Nordwestschweiz, Zürich, Ostschweiz, Zentralschweiz und das Tessin.²

Die Alpen beschenken dem Land ein Nord-Süd-Gefälle, so dass die Entwicklung der Schweizer Regionen stark von den geografischen Gegebenheiten abhängig ist. Da die Großregionen kleinere und heterogene Räume zusammenfassen, diese sich in ihrer Struktur aber sehr unterschiedlich darstellen, wird zusätzlich bei einzelnen Indikatoren auf die räumlich kleinere Ebene der Kantone zurückgegriffen.

Abgerundet wird die Betrachtung der Schweiz durch einen Vergleich mit ausgewählten Ländern wie z.B. Deutschland, Frankreich oder Italien. Ziel dieses Vergleichs ist es, Ähnlichkeiten oder Unterschiede mit anderen europäischen Ländern aufzuzeigen.

² European Commission (2007): European Regional and Urban Statistics. Luxembourg.

Demografie

In den letzten Jahren ist die Schweiz wirtschaftlich und demografisch stark gewachsen. Urbane und ländliche Räume sowie nördliche und südliche Regionen konnten von dieser positiven Entwicklung profitieren, wenn auch nicht in gleichem Maße. Dieses Bild der Schweiz wird durch die Migration entscheidend beeinflusst, die nicht nur dem Arbeitsmarkt zu einem Anstieg an hochqualifizierten Arbeitskräften verhilft, sondern auch die Alterung in den Ballungsräumen abbremst.

Rund 22 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz waren im Jahr 2007 Ausländer, dies entspricht einer Zunahme um 1,8 Prozent zum Vorjahr. Nur Liechtenstein und Luxemburg weisen europaweit noch höhere Anteile auf. Nachbarländer wie Deutschland und Österreich haben seit Jahren einen relativ konstanten Ausländeranteil – in Deutschland beträgt er acht Prozent und in Österreich zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung. Dagegen leben in Italien inzwischen doppelt so viele Einwohner mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft wie noch vor fünf Jahren. Dennoch ist ihr Anteil von rund fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung relativ gering.³ Die kurzfristige Aufenthaltsdauer von Zuwanderern nimmt in der Schweiz kontinuierlich zugunsten eines langjährigen Aufenthalts ab. Fast die Hälfte der im Ausland Geborenen lebte 2007 seit 15 Jahren und länger in der Schweiz. Dieser Entwicklung verdankt es die Schweiz, dass die Bevölkerung von 2006 bis 2007 um 1,1 Prozent auf 7,59 Millionen Einwohner angewachsen ist.

Laut den provisorischen Daten belief sich der Bevölkerungsstand per 31.12.2008 auf genau 7,70 Millionen, was einem weiteren Wachstum um knapp über 100 000 Einwohner entspricht.

³ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)(2009): Datenbank.

Frankreich oder Italien nur auf einen Bevölkerungsgewinn zwischen fünf und acht neuen Einwohnern je 1.000 im Jahr.⁶

Werden die Zuwanderer der Schweiz nach ihrer Nationalität gesondert betrachtet, so bilden die 225.000 Deutschen nach den Italienern die zweitgrößte Gruppe der Ausländer, die in der Schweiz leben. Und der Trend der deutschen Zuwanderung hält an – im Jahr 2007 wanderten knapp 41.000 Deutsche in die Schweiz ein, was einer Verdreifachung der Zuwanderung zum Jahr 2001 entspricht. Dabei konzentriert sich die Migration aus dem Ausland vorrangig auf die Ballungsräume Zürich, Genf oder Basel, die auch als Wirtschaftszentren der Schweiz bekannt sind. Gleichzeitig wandert die Schweizer Wohnbevölkerung innerhalb der Schweiz von peripher gelegenen Regionen in städtische Regionen und von städtischen Regionen in das nahe gelegene Umland.

Migration in alle Schweizer Regionen

Alle Regionen verzeichnen derzeit ein Bevölkerungswachstum – auch ländliche Regionen. Die seit 1997 anhaltende entgegengesetzte Entwicklung städtischer und ländlicher Regionen, in denen nur die Metropolregionen ein Wachstum verzeichnen, hat sich aufgrund der konstant hohen und in alle Regionen erfolgenden Zuwanderung leicht abgeschwächt. Die Zersiedlung des Mittellandes, das von dieser Polarisierung zwischen Städten als Wachstumsregionen und ländlichen Räumen als Schrumpfreionen stark betroffen war, ist damit zwar nicht beendet, verläuft seit 2006 aber langsamer.⁷ Von der Zuwanderung aus dem Ausland sowie der anhaltenden Binnenwanderung profitieren somit auch die ländlichen Regionen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Frankreich und Großbritannien festzustellen, wo die peripher gelegenen Räume ebenfalls ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben.⁸

Großregionen wie Espace Mittelland oder Ostschweiz verlieren weiterhin Einwohner aufgrund der Binnenwanderung, aber bedingt durch Migration aus dem Ausland werden diese Verluste kompensiert und führen immerhin noch zu einem jährlichen Gewinn von sieben Einwohnern je 1.000. Die höchsten Wanderungssaldi der letzten vier Jahre haben die Schweizer Regionen Tessin und die Region Genfersee zu verzeichnen – auf 1.000 Einwohner kommen jährlich fast neun Zugezogene.

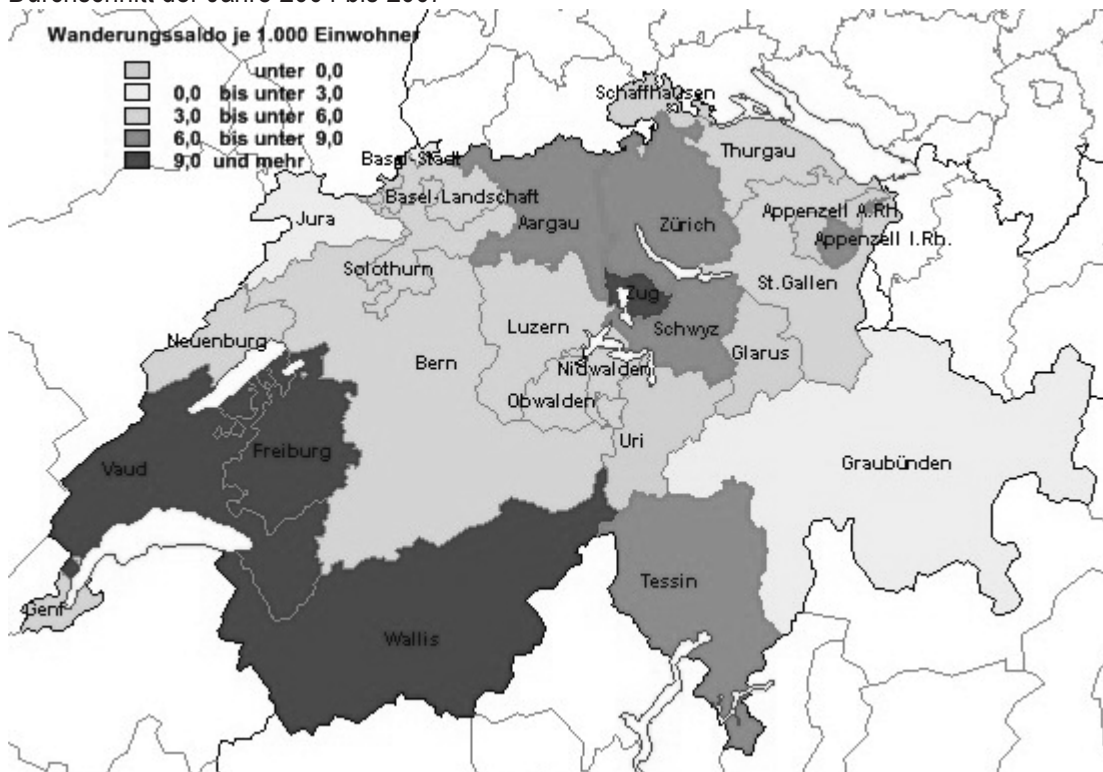
⁶ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank

⁷ Schuler, Martin et. al. (2007): Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz. Neue Zürcher Zeitung, Zürich.

⁸ Kröhnert, Steffen/Hoßmann, Iris/Klingholz, Reiner (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München.

Migration lässt Bevölkerungszahlen stark ansteigen

Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner
Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007



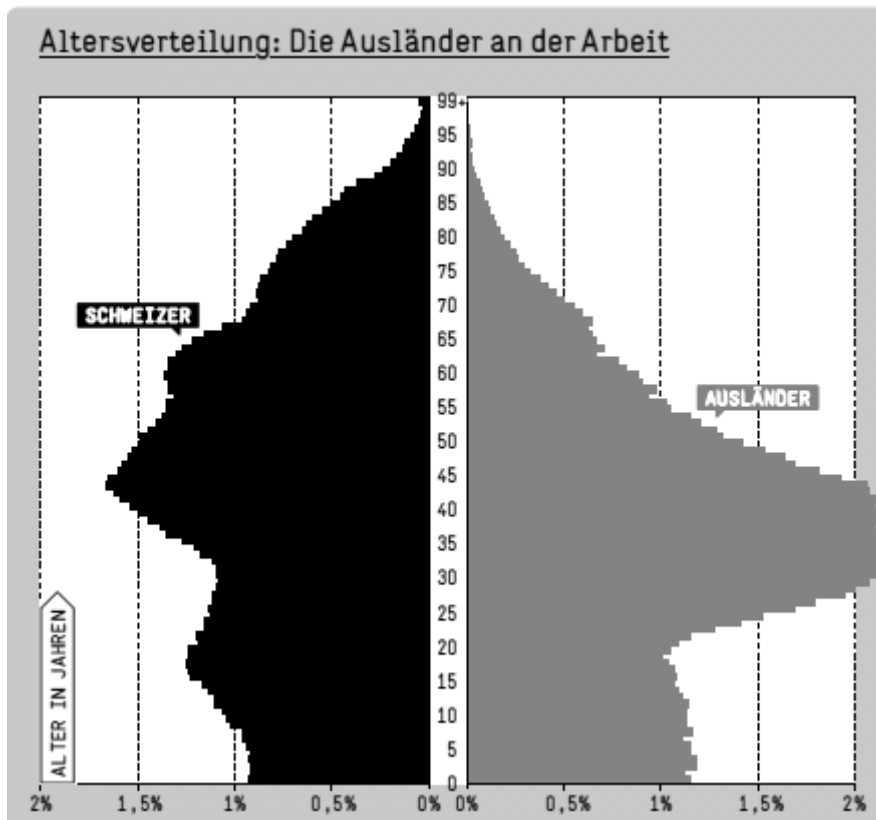
Datengrundlage: Bundesamt für Statistik Schweiz

Dank Migration wächst die Bevölkerung in allen Schweizer Großregionen. Nur in drei von insgesamt 26 Kantonen wandern mehr Menschen aus als ein: Appenzell Ausserrhoden (-0,3), Glarus (-0,9) und Uri (-1,0). Dagegen hat z.B. der Kanton Freiburg in den Jahren 2004 bis 2007 im Durchschnitt jährlich 13 „Zuzügler“ je 1.000 Einwohner gewonnen.

Dieser hohe, auf Zuwanderung beruhende Bevölkerungszuwachs wurde im Jahr 2007 nur durch wirtschaftliche Boomländer wie Island, Irland und Spanien übertroffen. Zwischen 13 bis 17 neue Migranten kommen jährlich auf 1.000 Einwohner. Aus ehemaligen Auswanderungsländern sind somit die größten Einwanderungsländer geworden. Von diesen starken Migrationsbewegungen profitieren aber nicht alle europäischen Staaten. So verlieren die Länder Bulgarien und Polen jährlich Tausende Landsleute durch Abwanderung, deren Ziel wiederum Irland und Spanien ist. Im Unterschied zu Österreich können Länder wie Bulgarien oder Polen diesen Verlust nicht durch Zuwanderung mindern bzw. ausgleichen. So erreicht Österreich immerhin noch einen positiven Wanderungssaldo von zwei Einwohnern je 1.000.⁹

⁹ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank

Die Zuwanderung aus dem Ausland von Menschen, die vorrangig im erwerbsfähigen Alter sind, führt zu interessanten Sonderentwicklungen in der aktuellen demografischen Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung und wird mit Sicherheit auch nicht ohne Einfluss für die Zukunft bleiben. Am Beispiel der Schweiz hat der Think Tank Avenir Suisse dies exemplarisch veranschaulicht:



Quelle: avenir aktuell, Juli 2009

Ausländer sind nicht nur eine größere Gruppe als die Schweizer im erwerbsfähigen Alter, sondern sie bekommen auch – in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund – mehr Nachwuchs. Die meisten Menschen gehen in jüngeren Jahren ins Ausland, um zu arbeiten oder ein Studium zu absolvieren. Wenn sie beschließen länger oder auf Dauer zu bleiben, kommen sie aufgrund ihres Alters gleichzeitig in die Familiengründungsphase. Die Schweiz kompensiert durch die Ausländer nicht nur ihren Fachkräftemangel sondern auch ihren Nachwuchsmangel.

Höhere Kinderzahlen je Frau dank Migranten

Die Fertilität der Schweizerinnen ist in den letzten Jahren leicht angestiegen – entgegen der Prognosen im Jahr 2005 – und liegt bei durchschnittlich 1,33 Kindern je Frau. Zusätzlich halten die Ausländerinnen im Vergleich zu Inländerinnen ihre Kinderzahl seit Jahren auf einem konstant höheren Niveau. Im Durchschnitt bekommen die Migrantinnen rund 1,86 Kinder. Beide Entwicklungen führten in der Schweiz zu einem Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl auf 1,46 im Jahr 2007.

Besonders in der Region Genfersee und im Tessin bekommen die Frauen wieder mehr Kinder. In der Region Genfersee stieg die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 1,45 im Jahr 2004 auf 1,50 im Jahr 2006. Innerhalb dieser zwei Jahre konnte auch das Tessin seine durchschnittlichen Nachwuchszahlen von 1,19 auf 1,24 erhöhen. Diese liegen aber weiterhin unter dem nationalen Durchschnitt und damit auch weit unter der Kinderzahl je Frau des Nachbarlands Italien.¹⁰ Im Jahr 2007 bekamen die italienischen Frauen erstmals wieder 1,38 Kinder – ein Wert, der zuletzt Mitte der 1980er Jahre erreicht wurde.

Ähnlich verhält es sich mit dem Nachwuchs in Deutschland und Österreich. In diesen Ländern stieg die durchschnittliche Kinderzahl auf 1,37 je Frau. Auch in Frankreich (1,98 Kinder je Frau) oder in Schweden (1,88) bekamen die Frauen 2007 durchschnittlich mehr Kinder als noch in den Jahren zuvor. Länder wie Frankreich oder Schweden haben bereits seit den 1970er Jahren deutlich höhere Nachwuchszahlen als die Schweiz.¹¹ Bekanntermaßen haben beide quasi „historisch“ familienfreundlichere Arbeitsmodelle und Kinderbetreuungsstrukturen.

Insgesamt – und dies gilt für alle Länder – bleibt abzuwarten, ob es sich hier um eine allgemeine Trendumkehr handelt oder um Sonderphänomene wie z.B. die Zunahme von Geburten von Frauen im Alter von über 30 Jahren – wie derzeit in Westeuropa – oder um Nachholeffekte nach einer längeren Phase geringer Nachwuchszahlen aufgrund von Transformationsprozessen wie sie in den baltischen Staaten stattgefunden haben oder immer noch stattfinden.

Beschleunigte Alterung der Bevölkerung

Alle Schweizer Regionen haben mit der Alterung der Gesellschaft zu kämpfen, zumal die Nachwuchszahlen auf lange Sicht zu gering sind, um die Bevölkerung zu „verjüngen“. Einzig die nationale und internationale Migration, geprägt von der Zuwanderung junger Erwachsener, führt dazu, dass in den städtischen Kantonen die Alterung leicht gebremst verläuft. Doch die peripheren Regionen leiden doppelt unter der Alterung, da sie ihre eigene erwerbsfähige Bevölkerung durch Abwanderung verlieren und für die ausländische Zuwanderung nicht attraktiv genug sind. Dieser „strukturelle“ Alterungsprozess wird sich in den kommenden Jahren noch beschleunigen. Besonders die Regionen Tessin, Ost- und Zentralschweiz haben in den letzten drei Jahren rund drei Prozent ihrer unter 35-jährigen Bevölkerung verloren. Gleichzeitig hat der Anteil der über 75-Jährigen um rund sechs Prozentpunkte zugenommen. Die wirtschaftlich attraktiven Regionen wie z.B. Genfersee und Zürich

¹⁰ Bundesamt für Statistik Schweiz (2009). Datenbank.

¹¹ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank

können sich diesem Trend zwar nicht entziehen, doch verläuft die Alterung ihrer Bevölkerung wesentlich langsamer.

Zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Die neue Bevölkerungsprognose vom Bundesamt für Statistik der Schweiz aus dem Jahr 2009 geht von einem Bevölkerungswachstum bis Ende 2038 aus. Bis zu diesem Jahr soll eine Einwohnerzahl von ungefähr 8,4 Millionen erreicht werden, was einer Zunahme von 9,1 Prozent gegenüber der Bevölkerungszahl von 2008 entspricht. Danach wird der positive Wanderungssaldo den Sterbeüberschuss nicht mehr kompensieren können und die Einwohnerzahl wird bis Ende 2050 auf rund 8,3 Millionen Personen sinken. Ob die Schweiz einen kontinuierlichen Wanderungsgewinn von jährlich 0,2 Prozent bis 2050 verzeichnen kann, wie es in der aktuellen Prognose angenommen wird, bleibt offen, denn bei einer Kehrtwende der wirtschaftlichen Entwicklung würden sich auch die Wanderungsströme stark verändern. Dies kann in der aktuellen Prognose jedoch nicht berücksichtigt werden, da zuverlässige Zahlen zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung und deren tatsächliche Auswirkungen auf die Demografie fehlen.¹²

Der Altersquotient von 27 im Jahr 2008 (27 über 64-Jährige pro 100 20- bis 64-Jährige) wird im Verlauf der nächsten Jahrzehnte kontinuierlich ansteigen und Ende 2050 einen Wert von 50 erreichen. Auf eine Person im Rentenalter entfallen dann zwei Personen im erwerbsfähigen Alter. Länder wie Deutschland, Spanien, Italien, Slowenien oder Griechenland werden voraussichtlich im Jahr 2050 die Länder mit den höchsten Altersquotienten in der EU-27 sein. Deutschland wird einen Altersquotienten von 61 erreichen. In Italien werden sogar 64 Einwohner über 64 Jahre auf 100 20- bis 64-Jährige kommen.¹³

Regional betrachtet werden alle sieben Schweizer Großregionen zwischen 2008 und 2030 einen Bevölkerungszuwachs haben. Besonders in Zürich, der Region Genfersee und in der Zentralschweiz werden die Einwohnerzahlen um rund zehn Prozent ansteigen. Unter den kleinräumigeren Kantonen wird es nur in drei Kantonen zu einem rückläufigen Bevölkerungswachstum kommen, nämlich in Uri, Glarus und Basel-Stadt.

In 22 Kantonen wird der Altersquotient im Jahr 2030 bei über 40 Personen im Rentenalter pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter liegen. Lediglich die Kantone Genf, Waadt, Zürich und Zug, welche für junge Erwerbstätige am attraktivsten sind, werden relativ niedrige Werte zwischen 34 und 37 verzeichnen. Die ländlichen Kantone und jene am Rand der großen Ballungsräume werden Werte nahe

¹² Bundesamt für Statistik Schweiz (2009): Datenbank.

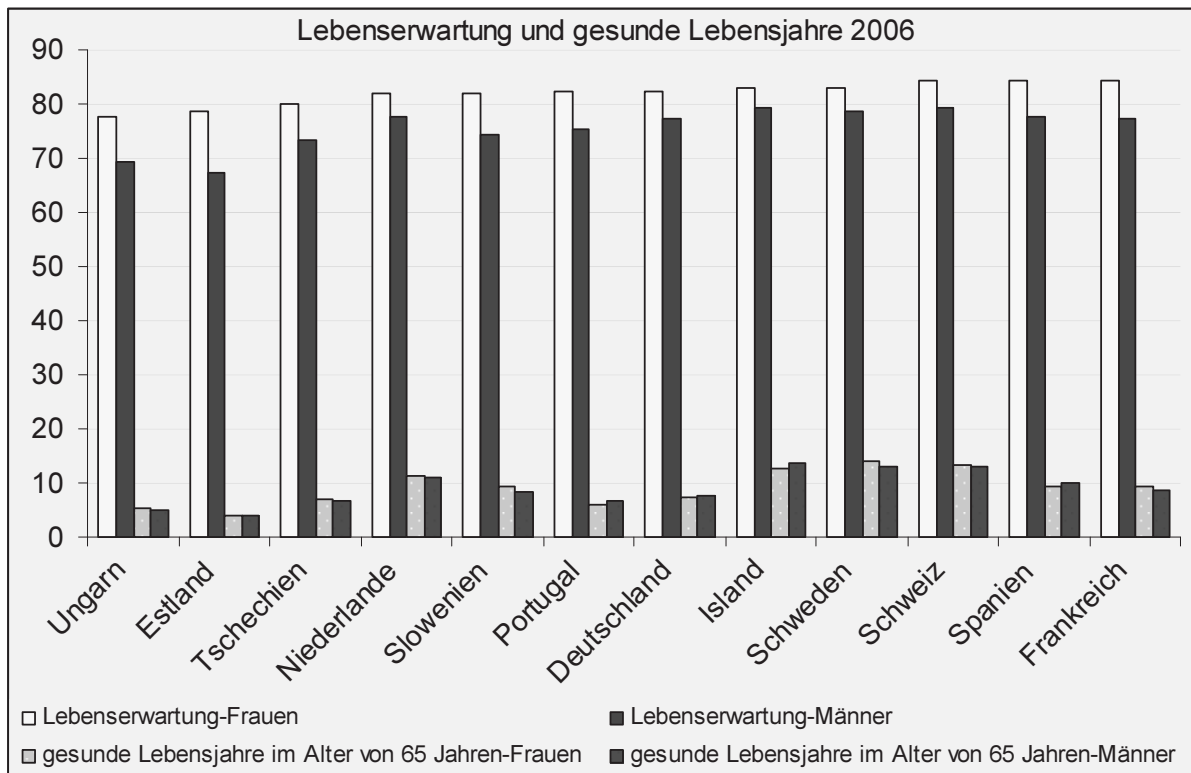
¹³ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank

bei 50 oder sogar darüber aufweisen, weil junge Erwachsene abwandern und älter werdende Personen in mehr oder weniger großer Zahl dort verbleiben.¹⁴

Steigende Lebenserwartung und Zugewinn an gesunden Lebensjahren

Auch wenn die massive Zuwanderung von vor allem jungen Menschen in einigen Schweizer Regionen den Prozess der Alterung in der Bevölkerung abgebremst hat, wird die Gruppe der Älteren kontinuierlich und unvermeidbar ansteigen. Europaweit ist ein deutlicher Trend auszumachen: Die Lebenserwartung nimmt ohne Ausnahme weiter zu, besonders bei den 60-Jährigen und älter. Dies führt aber nicht unweigerlich zu einer Zunahme der Mortalität, sondern zu möglicherweise neuen und längeren Formen von chronischer Morbidität. Eine gesündere Lebensweise, genetische Prädispositionen und vor allem die Verfügbarkeit eines leistungsfähigen Gesundheitssystems für alle Personengruppen beeinflussen maßgeblich diese Entwicklung. Wie alle wirtschaftlich entwickelten Länder verzeichnete die Schweiz in den letzten Jahren sogar sinkende Mortalitätsraten bei gleichzeitig steigendem Anteil älterer Menschen.

Hohe Lebenserwartung in der Schweiz



Datengrundlage: Europäische Kommission Eurostat Online-Datenbank

¹⁴ Bundesamt für Statistik Schweiz (2009): Datenbank.

Die Schweizer Bevölkerung hat nicht nur eine der höchsten Lebenserwartungen in Europa sondern auch vergleichsweise viele Gesunde im höheren Alter. Ein 65-jähriger Schweizer hat noch etwa 13 gesunde Lebensjahre vor sich. Dass eine hohe Lebenserwartung nicht zwangsläufig eine bessere Gesundheit für Ältere bedeutet, zeigen Länder wie Deutschland oder Portugal. Beide Länder haben eine höhere Lebenserwartung als Slowenien oder die Niederlande, dennoch haben ihre 65-Jährigen durchschnittlich zwei gesunde Lebensjahre weniger.

Ursächlich für den Mortalitätsrückgang ist teilweise auch das weitere Ansteigen der Lebenserwartung, die in der Schweiz europaweit mit am Höchsten liegt. Frauen werden aktuell 84,2 Jahre alt, was auch in Spanien und Frankreich der Fall ist. Die männliche Lebenserwartung liegt bei 79,4 Jahren – nach Island der höchste Wert in Europa und dicht gefolgt von den skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen mit 78,8 Jahren. Dagegen liegt die Lebenserwartung von Männern und Frauen aus Deutschland und Österreich seit Jahren zwei Jahre unter den Werten der Schweiz.

Ein weiterer Grund für den Mortalitätsrückgang könnten Gender spezifische Unterschiede hinsichtlich der Lebenserwartung sein. Seit den 1950er Jahren gewinnen die 60- bis 80-Jährigen an weiteren Lebensjahren dazu, allerdings mit starken Unterschieden zwischen den Geschlechtern. Diese Differenz nimmt seit fast zwanzig Jahren stetig ab und hat sich in der Schweiz auf wenige Jahre reduziert. Gründe für diese Geschlechterdifferenz und die damit verbundene Lebenserwartung werden mit „geschlechtsspezifischen“ Krankheiten begründet. So sind Männer öfters von Herz-Kreislaufkrankungen betroffen, die zu den häufigsten Todesursachen in der Schweiz zählen. Dagegen sind von der aktuellen Zunahme der Lungenkrebssterblichkeit vermehrt junge Frauen betroffen.¹⁵ So ist zum Beispiel für die Ostschweiz dokumentiert, dass sich in den letzten 20 Jahren die Sterblichkeit an Lungenkrebs bei Frauen verdoppelt hat.

Doch die entscheidende Begründung für stagnierende oder sinkende Todesfälle bei einer stetig älter werdenden Gesellschaft wie die der Schweiz liegt wahrscheinlich an dem Zugewinn an gesunden Lebensjahren im Alter. So hat der Anteil sehr alter Menschen in der Bevölkerung seit 1970 um ein Mehrfaches zugenommen. Weil die Sterbewahrscheinlichkeit mit dem Alter um ein Vielfaches wächst, müsste die höhere Zahl der Betagten auch zu einer massiven Erhöhung der Sterbefälle führen. Dies ist aber nicht der Fall, denn die Zahl der Todesfälle von 80-Jährigen und Älteren hat sich seit 1970 nur verdoppelt. Zeitgleich hat die Sterbewahrscheinlichkeit als Folge guter Gesundheit in allen Altersabschnitten deutlich abgenommen.

¹⁵ Bundesamt für Statistik (2009): Die Zukunft der Langlebigkeit in der Schweiz.

Der Zugewinn an gesunden Lebensjahren bedeutet für die 65-jährigen Schweizer Männer noch mindestens 13 Jahre in guter Gesundheit und für Frauen diesen Alters knapp ein halbes Jahr mehr. Im internationalen Vergleich zeigt sich damit ein ähnliches Bild wie bei der Lebenserwartung.

Die isländischen Männer werden nicht nur älter als die Schweizer, sondern haben im Alter von 65 Jahren auch fast ein Jahr mehr an gesunden Lebensjahren vor sich. In Deutschland und Österreich schrumpfen die verbleibenden Jahre in guter Gesundheit bei den 65-Jährigen auf rund 7,4 Jahre. Ein nachdenklich stimmender Wert, der sogar von Ländern wie Italien, Polen und Slowenien überboten wird.¹⁶

Zunahme an Demenzerkrankungen

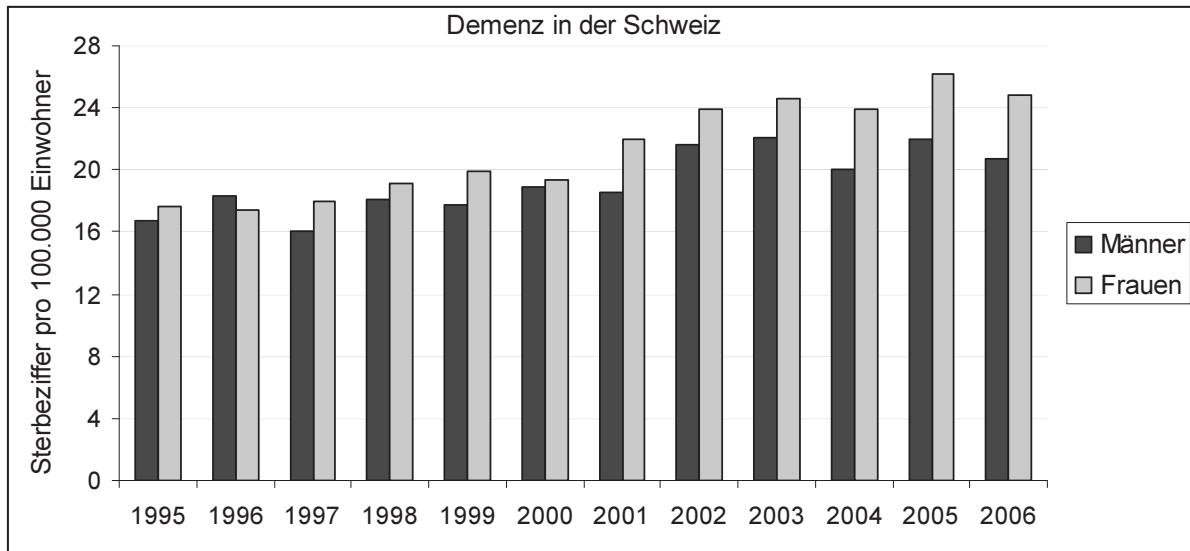
Die drei häufigsten Todesursachen in der Schweizer Bevölkerung sind Herz-Kreislaufkrankungen (37 Prozent), Krebs (26 Prozent) und erstmals seit 2007 Demenz. Die Zahl der Demenzerkrankungen hat sich seit 1997 fast verdoppelt. Allerdings ist anzunehmen, dass die Diagnose von den Ärzten heute schneller bzw. treffsicherer gestellt wird. Dagegen weisen die Herz-Kreislaufkrankungen als Todesursachen seit mehreren Jahrzehnten den stärksten Rückgang auf und liegen konstant unter dem Niveau von Deutschland und Österreich.

In der EU-27 leben schätzungsweise 5,3 bis 5,8 Millionen Menschen, die von Demenz betroffen sind. Dies sind 1,14 bis 1,27 Prozent der europäischen Bevölkerung. Mit der Alterung der Bevölkerung hat dieser Anteil in den letzten 45 Jahren zugenommen. Laut der Europäischen Kommission wird die absolute Anzahl der 60-Jährigen und Älteren, die unter Demenz leiden, von rund fünf Millionen auf fast zehn Millionen bis zum Jahr 2040 ansteigen. Der höchste Anteil an Demenzkranken findet sich in Italien und in Schweden, wo circa 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung an dieser Erkrankung leiden. Deutschland und Frankreich weisen ähnlich hohe Werte wie die Schweiz auf, die zwischen 1,2 und 1,3 Prozent liegen.¹⁷

¹⁶ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.

¹⁷ Alzheimer Europe (2009): Dementia in Europe. Yearbook 2007.

Demenzerkrankungen nehmen als Todesursache zu



Datengrundlage: Bundesamt für Statistik Schweiz

Im Jahr 2006 starben 3.606 Personen an Demenzerkrankungen, davon doppelt so viele Frauen wie Männer. Zwei Drittel dieser Personen waren älter als 85 Jahre. Seit 1995 hat die Sterbeziffer der Frauen mit Demenz um 70 Prozent zugenommen und die der Männer um mehr als 60 Prozent. Ursachen dafür sind die steigende Lebenserwartung und die Zunahme der älteren Bevölkerung, die vorrangig an Demenz erkrankt.

Aktuell verdoppelt sich ab dem 65. Lebensjahr der Anteil der Schweizer, die an Demenz leiden, alle fünf Jahre. Bei den über 90-Jährigen sind bereits mehr als 30 Prozent von Erkrankungen aus dem Formenkreis „Demenz“ betroffen. Laut den Berechnungen des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums könnten sich auch aufgrund dieser Entwicklung die Langzeitpflegekosten wegen der steigenden Zahl der über 80-Jährigen bis ins Jahr 2030 mehr als verdoppeln.¹⁸

Auch Jugendliche sind eine gesundheitlich gefährdete Gruppe

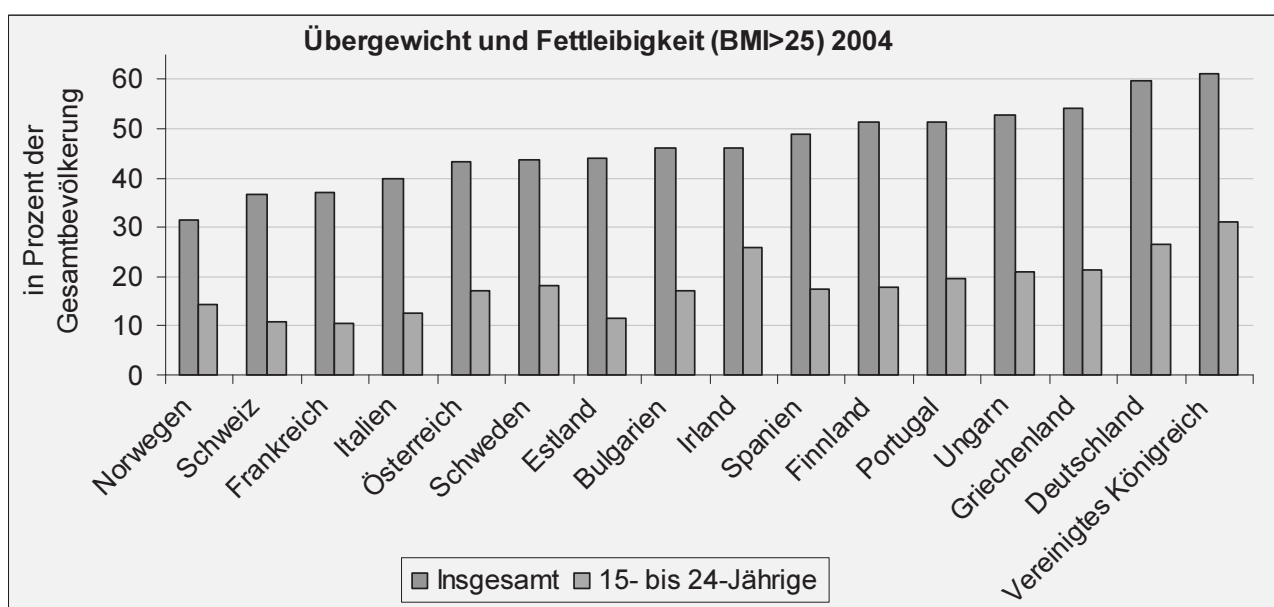
Der Nationale Gesundheitsbericht der Schweiz kritisiert den gesundheitlichen Zustand der jungen Bevölkerung. Besonders Übergewicht und Fettleibigkeit als Folge von falscher Ernährung und sportlicher Untätigkeit würden „epidemieartig“ um sich greifen. Bereits jeder neunte junge Schweizer zwischen 15 und 24 Jahren leidet an Übergewicht, wobei deren Zahl mit dem Alter zunimmt. Im EU-Vergleich ist ihr Anteil jedoch relativ gering und wird von Ländern wie Großbritannien, Deutschland oder Irland deutlich übertroffen – fast jeder Dritte in Großbritannien und jeder Vierte in Deutschland und Irland zwischen 15 und 24 Jahren wiegt mehr als das durchschnittliche Normalgewicht.¹⁹

¹⁸ Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2008): Nationaler Gesundheitsbericht 2008. Neuchatel.

¹⁹ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.

Übergewicht und Fettleibigkeit fängt oft in jungen Jahren an

Mehr als ein Drittel der Schweizer Bevölkerung hat Übergewicht oder ist fettleibig. Im europaweiten Vergleich ist dies aber keineswegs ein Spitzenwert. In Ländern wie Griechenland, Deutschland oder im Vereinigten Königreich haben mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen Body-Mass-Index von über 25, was nicht mehr dem Normalgewicht entspricht. Besonders in der jungen Bevölkerung ist Übergewicht keine Ausnahme mehr, da eine ausreichende Bewegung fehlt und Fastfood einer ausgewogenen Ernährung oft vorgezogen wird.



Datengrundlage: Europäische Kommission Eurostat Online-Datenbank

Gleichzeitig steigt der Konsum von legalen Drogen wie Alkohol und illegalen Drogen wie Cannabis seit 20 bis 30 Jahren. Laut dem Bericht ist in keinem anderen Land der Konsum von Cannabis unter Jugendlichen so weit verbreitet wie in der Schweiz.

Auch die Suizidrate unter Jugendlichen ist im Vergleich zu den Nachbarländern relativ hoch. Bei jungen Männern beträgt sie gemäß dem nationalen Gesundheitsbericht 20 Suizidfälle auf 100.000 Einwohner – doppelt so viele wie in Frankreich oder Deutschland.²⁰

Wirtschaft

Die Schweiz konnte in den letzten Jahren bis 2007 ein jährliches Wirtschaftswachstum von über drei Prozent verbuchen und lag damit über dem Durchschnitt der EU-27-Länder mit rund 2,6 Prozent.

²⁰ Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2008): Nationaler Gesundheitsbericht 2008. Neuchatel.

Ähnlich hohe Wachstumsraten erreichten Österreich mit 3,0 oder Schweden mit 3,6 Prozent. Dagegen konnten die Nachbarstaaten Deutschland und Italien ihre Wirtschaftsleistung durchschnittlich nur um 1,5 bis 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verbessern.

Die Schweiz zählt zu den rohstoffarmen Ländern Europas und kann im Gegensatz zu Ländern wie bspw. Norwegen mit seinem Erdölvorkommen keine Gewinne aus Rohstoffen erzielen. Um dennoch eine florierende Wirtschaft zu erhalten und um auf dem internationalen Markt erfolgreich zu konkurrieren, spielt die Schweizer Volkswirtschaft seit Jahrzehnten in Sektoren wie Banken- und Versicherungen, Life Sciences und industriellen Nischenmärkten eine überdurchschnittlich wertschöpfende Rolle. Auf über 14 Milliarden Euro beläuft sich der jährliche Gewinn allein im Bankenwesen. Der gesamte Finanzdienstleistungsbereich trägt mit einem Anteil von 24 Prozent an der Wertschöpfung der Schweiz bei.²¹

Ein weiterer bedeutender Faktor der Schweizer Wirtschaft ist die Tourismusbranche, in der gleichzeitig die Arbeitsplätze als standortsicher gelten. Besonders in den Berggebieten und den Randregionen ist der Tourismus der wichtigste Wachstumszweig. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist das Tessin Spitzenreiter bei den Gästeübernachtungen – auf jeden Einwohner kommen acht Übernachtungen pro Jahr. In Graubünden (Region Ostschweiz) werden 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Tourismus erwirtschaftet und jeder dritte Beschäftigte arbeitet in diesem Bereich. In der Schweiz ist insgesamt jeder Zehnte in der Tourismusbranche tätig.

Noch bis zum Jahr 2008 konnte die Schweiz eine steigende Nachfrage nach Tourismusleistungen verzeichnen, aber bereits in diesem Jahr setzte ein leichter Rückgang der ausländischen Hotelgäste ein. Gleichzeitig wurden die Aufenthalte immer kürzer. Im Jahr 2009 zeigen die ersten Zahlen einen deutlichen Rückgang der Hotelübernachtungen sowohl bei den ausländischen als auch den inländischen Logiernächten.²²

Sozialtransfer verringert Unterschiede im Haushaltseinkommen

Arbeitsmärkte mit einem hohen Lohnniveau sind für hochqualifizierte und häufig besser verdienende Arbeitskräfte besonders attraktiv. Diese ziehen oft in die Umlandregionen der Kernstädte, die deshalb hohe Steuererträge aufweisen. Die Löhne sind laut Lohnindex 2008 vom Schweizer Bundesamt für

²¹ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.

²² Bundesamt für Statistik Schweiz (2008): Tourismus

Statistik im Jahr 2008 um rund zwei Prozent gestiegen, allerdings sank gleichzeitig die Kaufkraft der Lohneinkünfte um 0,5 Prozent. In der Schweiz existiert mit den Alpen als Trennlinie ein starkes Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich des Arbeitsentgelts, wobei die Unterschiede im Bezug auf die verfügbaren Haushaltseinkommen letztendlich geringer ausfallen als in Großbritannien oder Deutschland.

Die Metropolregionen Zürich, Genfersee und Basel verzeichneten in den letzten Jahren ein hohes Haushaltseinkommen mit konstantem Zuwachs. Ländliche Regionen in Graubünden oder zwischen Bern und Luzern zeigen dagegen unterdurchschnittliche Einkommen. Allerdings ermöglicht der Föderalismus in der Schweiz, dass manche dieser Regionen dank ihrer hohen Wohnqualität und geringer Steuersätze vor allem auf der Gemeindeebene steuerkräftige Bewohner anziehen und dadurch für die weitere regionale Entwicklungen entscheidende Standortvorteile schaffen.²³

Mit umfangreichen Transferleistungen wird das Einkommen der Haushalte in der Ostschweiz oder im Tessin angehoben, die aufgrund ihres geringeren Arbeitslohns unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Die Tessiner Haushalte verdienen pro Kopf rund 30 Prozent weniger als die Haushalte in der wohlhabenden Region Zürich. Da die Abgaben und Steuern für schlechter verdienenden Haushalte geringer ausfallen und gleichzeitig die Sozialleistungen höher bemessen sind, sinken die Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten in Tessin und Zürich um fünf Prozent. Somit liegen die Tessiner mit ihrem verfügbaren Haushaltseinkommen „nur noch“ 25 Prozent unter dem der Zürcher Haushalte und rund 17 Prozent unter dem Schweizer Durchschnittseinkommen.

Arbeitsmarkt

Dreiviertel aller Beschäftigten arbeiten im tertiären Sektor, der gleichzeitig gegenüber dem primären und sekundären Wirtschaftssektor in den letzten Jahren den größten Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnete.²⁴ Das stärkste Wachstum in diesem sogenannten Dienstleistungssektor erzielte das Gesundheits- und Sozialwesen, in dem rund 13 Prozent aller Beschäftigten der Schweiz arbeiten. Nicht einmal die Hälfte von ihnen geht einer Vollzeitbeschäftigung nach. Gleichzeitig ist das Gesundheits- und Sozialwesen eine Frauendomäne: Dreiviertel der Beschäftigten sind Frauen.

Ein Zuwachs an Arbeitsplätzen ist hauptsächlich in den großen Agglomerationsräumen zu verzeichnen. Stärker industrialisierte Regionen entlang des Juras sowie periphere Regionen der Alpenräume Tessin und Graubünden haben dagegen Stellen abgebaut. Die Region Goms im Kanton Wallis weist mit minus

²³ Thierstein, Prof. Dr. Alain et. al. (2006): Regionale Disparitäten in der Schweiz. Teilbericht 1. Zürich.

²⁴ Der Arbeitsmarkt ist in drei Wirtschaftssektoren unterteilt: Der primäre Sektor umfasst die Landwirtschaft, der sekundäre den Industriebereich sowie das Gewerbe und zu dem tertiären Sektor zählt die Dienstleistungsbranche.

15,8 Prozent die stärksten prozentualen Verluste auf. Seit 1995 ist dort jeder fünfte Arbeitsplatz weggefallen.²⁵

Gestiegene Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen

In sechs von sieben Großregionen haben sich die Beschäftigungsquoten in den letzten zwei Jahren erhöht – allen voran in Zürich und der Zentralschweiz: Rund 82 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter gehen einer Beschäftigung nach. Im nationalen Mittel sind es etwa 80 Prozent. Damit erreicht die Schweiz im Jahr 2008 nach Island die höchste Beschäftigungsquote in Europa.²⁶ Dicht gefolgt von den skandinavischen Ländern Norwegen und Dänemark, in denen knapp 78 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter einen Job haben. Auch die Niederlande, Österreich und Deutschland konnten ihre Beschäftigungsquoten in den letzten Jahren nochmals steigern und erreichen aktuell 77 Prozent in den Niederlanden, 72 Prozent in Österreich und in Deutschland 71 Prozent. Nur wenige europäische Länder haben eine geringere Erwerbsbeteiligung von unter 60 Prozent. Dazu zählen Italien, Ungarn oder Rumänien – seit Jahren pendelt in diesen Ländern die Beschäftigungsquote um knapp 58 Prozent.

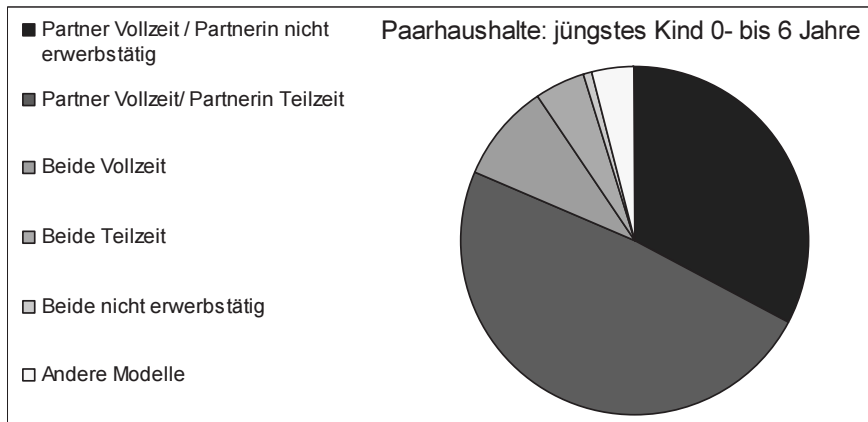
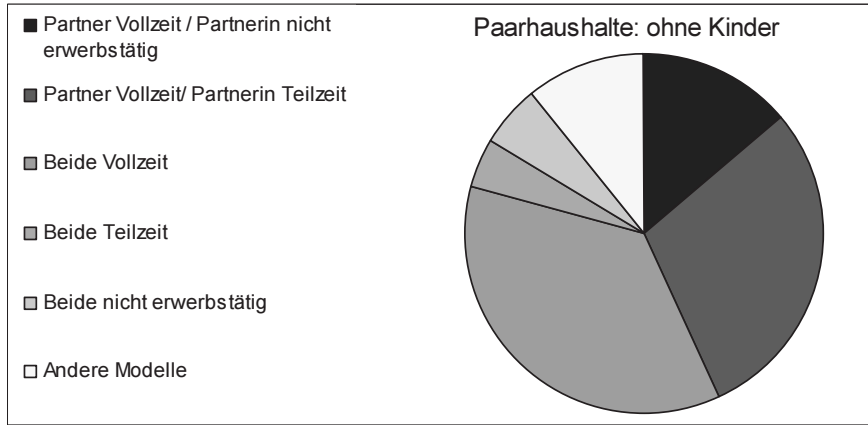
Der Anstieg der Beschäftigungsquoten in Europa und in der Schweiz kann auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückgeführt werden, die seit den 1970er Jahren kontinuierlich ansteigt. In den letzten Jahren geht diese Entwicklung auch mit und trotz einer steigenden Kinderzahl je Frau einher. Dennoch hat nur jede dritte erwerbstätige Frau in der Schweiz ein oder mehrere Kinder unter 15 Jahren – in Zürich und in der Nordwestschweiz sogar nur jede vierte erwerbstätige Frau.

²⁵ Schweizerische Arbeitsmarktstatistik (2009): Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

²⁶ Die Arbeitskräfteerhebung oder auch Labour Force Survey definiert die Beschäftigungsquote als einen prozentualen Anteil der beschäftigten Personen an der arbeitsfähigen Bevölkerung (15 Jahre und älter). Wer mindestens einen Tag pro Woche einer Beschäftigung nachgegangen ist, zählt als Erwerbstätiger.

Vollzeitbeschäftigte Paare mit Kleinkindern sehr selten

Erwerbsmodelle in Paarhaushalten in Prozent 2008



Datengrundlage: Bundesamt für Statistik Schweiz

In jedem dritten Schweizer Haushalt ohne Kinder gehen beide Partner einer Vollzeitbeschäftigung nach. Lebt ein Kleinkind mit im Haushalt, ist dies nur noch in jedem elften Haushalt der Fall. Bis das Kind sechs Jahre alt ist, reduzieren die Mütter ihre Arbeitszeit oder geben ihre Berufstätigkeit auf. Weitaus weniger Veränderung gibt es bei den männlichen Partnern, die unabhängig von Geburt und Alter eines Kindes weiterhin eine Vollzeitbeschäftigung ausüben.

Zusätzlich gehen immer mehr Ältere zwischen 55 und 64 Jahren einer Beschäftigung nach. Dies hat stärker als die Frauenbeschäftigung zu einer steigenden Beschäftigungsquote insgesamt beigetragen. Das Schweizer Tessin bildet im Bereich Altersbeschäftigung das Schlusslicht. Mit einer Altersbeschäftigung von unter 55 Prozent liegt die Großregion weit unter dem nationalen Wert von 69 Prozent. Dennoch ist das Schweizer Beschäftigungsniveau in allen Regionen sowie in der Schweiz insgesamt höher als in den Nachbarländern Österreich (41 Prozent), Frankreich (38 Prozent) und Italien (34 Prozent). Dagegen hat in Deutschland und den Niederlanden jeder Zweite zwischen 55 und 65 Jahren einen Job – Tendenz steigend.

Angesichts der Alterung der Gesellschaft und einem Zugewinn an gesunden Lebensjahren im hohen Alter birgt die Altersbeschäftigung auch für die Schweiz wichtige Potenziale, um der absehbar schrumpfenden erwerbsfähigen Bevölkerung entgegenzuwirken. Allerdings zeigen aktuelle Zahlen, dass viele Beschäftigte nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten – sei es aus gesundheitlichen Gründen, fehlenden Optionen im Berufsleben bis 65 Jahre tätig zu sein oder aufgrund der Angebote auf Arbeitgeberseite Altersteilzeit oder die Frühverrentung zu wählen.

In der Schweiz gehen Beschäftigte im Durchschnitt mit 63,5 Jahren in Rente. Allerdings liegt das gesetzliche Renteneintrittsalter derzeit bei 65 Jahren und somit mehr als ein Jahr über dem durchschnittlichen Erwerbsaustrittsalter. Dabei zählt die Schweiz neben Norwegen, Schweden und den Niederlanden zu den wenigen Ländern in Europa, in denen diese Diskrepanz relativ gering ist und sich in den letzten Jahren zudem deutlich verringert hat.

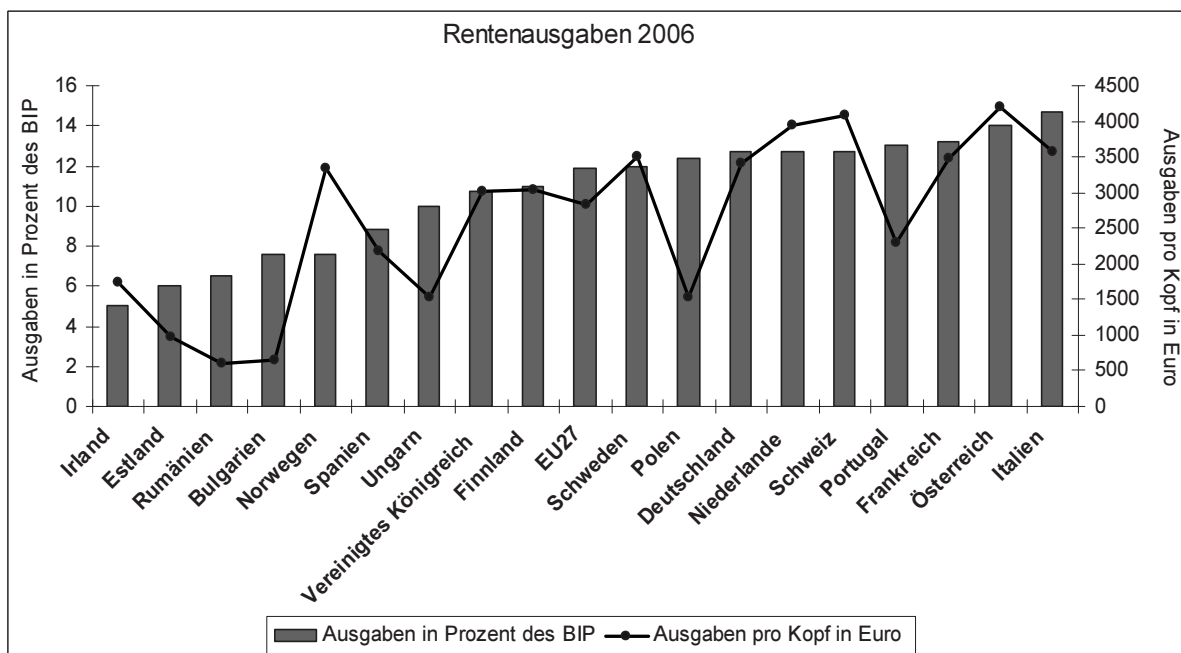
Auch angesichts der steigenden Kosten für Renten (AHV) und Pensionskassen hat die Schweiz ein Interesse daran, das gesetzliche Renteneintrittsalter in der Realität umzusetzen. Dies hängt nicht nur von der Erwerbsfähigkeit der Arbeitnehmer, sondern auch vom erklärten Willen der Arbeitgeber ab, ältere Arbeitskräfte auch weiterhin am Arbeitsplatz zu halten.

Die staatlichen Ausgaben der Schweiz für die Altersversorgung sind gemessen am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren nicht gestiegen, was widersprüchlich erscheint in Anbetracht einer immer größer werdenden Gruppe, die Renten und Pensionszahlungen erhält. Dennoch ist dies erklärbar, weil dem stetig steigenden Rentenposten ein stetig steigendes Bruttoinlandsprodukt gegenüber gestellt werden konnte. Die absoluten Ausgaben des Staates pro Kopf zeigen dagegen eine Zunahme der Rentenkosten.

Die Zunahme der Rentenausgaben in der Schweiz ist im europäischen Vergleich keine Ausnahme. Von den ost- und südeuropäischen Ländern wird diese Steigerung der Ausgaben leicht um das dreifache überboten. Rumänien hat seine Rentenausgaben seit 2003 um 51 Prozent erhöht, Estland um 45 Prozent, die Slowakei um 31 Prozent und Ungarn um 27 Prozent. Dennoch erreichen diese Länder auch nach dieser enormen Steigerung nur ein Drittel der pro Kopf Ausgabenkosten der Schweiz. Estland gibt rund 970 Euro pro Kopf für Rentenzahlungen aus. In der Schweiz waren es 2006 rund 4.080 Euro pro Kopf.²⁷

²⁷ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.

Hohe Rentenausgaben pro Kopf in der Schweiz



Datengrundlage: Europäische Kommission Eurostat Online-Datenbank

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen die Rentenausgaben in Europa zwischen 5,0 Prozent in Irland und 14,7 Prozent in Italien. Die Diskrepanz zwischen der Ausgabenhöhe der einzelnen Länder wird deutlicher, wenn die Beträge pro Kopf verglichen werden. So macht die Höhe der Rentenausgaben in Rumänien gerade einmal 14 Prozent der Rentenhöhe in Österreich oder der Schweiz aus.

Arbeitslosigkeit eng an die Wirtschaftslage gekoppelt

Die Arbeitslosenquote ist in der Schweizer Großregion Tessin mit fünf Prozent die höchste in der Schweiz. In den Regionen Ostschweiz oder Zentralschweiz gibt es weniger als drei Prozent Arbeitslose und somit annähernd Vollbeschäftigung. Seit 2005 ist die Arbeitslosensquote in allen sieben Großregionen gesunken und gleichzeitig hat sich die Zahl der Nichterwerbspersonen, die Personen die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, verringert. Doch die ersten Arbeitsmarktdaten für 2009 künden einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit an und prognostizieren keinen weiteren Anstieg der Beschäftigungszahlen.²⁸

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für alle europäischen Länder ab. Sanken die Arbeitslosenzahlen noch bis Mitte 2008, stiegen sie spätestens im Frühjahr 2009 wieder konstant an. Länder wie die Niederlande und Österreich, die mit Arbeitslosenquoten von 2,8 Prozent respektive 3,8 Prozent im Jahr 2008 fast eine Vollbeschäftigung ihrer Bevölkerung erreicht hatten, mussten seit Beginn

²⁸ Bundesamt für Statistik Schweiz (2009): Themen, Datenbank.

2009 in nur wenigen Monaten einen Zuwachs um 0,4 Prozentpunkte und damit Tausende von neu gemeldeten Arbeitslosen registrieren. Dennoch liegen diese Arbeitslosenzahlen unter dem Durchschnitt der EU-27-Länder, in denen rund sieben Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahr 2008 arbeitslos gemeldet waren und auch für einen neuen Job zur Verfügung gestanden hätten. Ähnliche Werte finden sich in Frankreich (7,8 Prozent), Deutschland (7,3 Prozent) und Italien (6,8 Prozent).

Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren entwickelt sich ähnlich wie die Gesamtarbeitslosigkeit, allerdings reagiert die Jugendarbeitslosigkeit stärker auf konjunkturelle Entwicklungen und unterliegt stärkeren Schwankungen als die Quote der Arbeitslosen insgesamt. So führte der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre auch zu einem Absinken der Jugendarbeitslosigkeit auf sieben Prozent. Doch im Jahr 2009 wird die Zahl der Jugendlichen ohne Arbeit wieder zunehmen. Allerdings ist die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zum Nachbarland Frankreich mit einer Jugendarbeitslosenquote von rund 19 Prozent relativ gering. Besonders in Spanien sind junge Menschen stark von der Wirtschaftsflaute betroffen: Im Mai 2009 hatten sich bereits 37 Prozent der unter 25-Jährigen, die einer Tätigkeit nachgehen können, als arbeitssuchend gemeldet. Ein Jahr zuvor waren es rund 24 Prozent. Dabei sind Jugendliche mit geringer Bildung und/oder mit Migrationshintergrund häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als die gut ausgebildeten und/oder einheimischen Gleichaltrigen.²⁹

„Brain-Drain“ in den peripheren Regionen

Einzelne periphere Räume wie z.B. das Tessin haben sehr hohe Abschlussquoten in den Gymnasial- und Universitätsstufen. Jeder dritte Tessiner schließt mit einem Gymnasialzeugnis ab und fast jeder Sechste macht einen Universitätsabschluss. Allerdings kann die Region nicht unmittelbar davon profitieren. Sie hat darunter zu leiden, dass die Hochqualifizierten abwandern, weil sie keine adäquaten Arbeitsplätze finden, ihnen berufliche Karrieremöglichkeiten fehlen und die Schweizer Zentren weit entfernt liegen. Dieser sogenannte „Brain Drain“ hemmt die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Berg- und Randregionen, denn die wissensintensiven Dienstleistungen finden sich vorrangig in den großen Zentren. Zürich liegt mit einer Konzentration an hochqualifizierten Arbeitsplätzen im Banken- und Versicherungsgewerbe sowie in Bereichen spezialisierter Dienstleistungen weit über dem Landesdurchschnitt.

²⁹ Kröhnert, Steffen/Hoßmann, Iris/Klingholz, Reiner (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München.

Auswirkungen der Wirtschaftsflaute

Die Prognosen des Statistischen Amtes der Europäischen Kommission Eurostat gehen für das Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr von einer Wirtschaftsrezession um - 2,3 Prozent aus.³⁰ Die ersten Zahlen des Bundesamtes für Statistik Schweiz lassen Stellenabbau und steigende Arbeitslosenzahlen erkennen. In der Tourismusbranche könnte sich mit dem Ausbleiben von ausländischen Gästen im Jahr 2008 bereits eine Trendwende ankündigen. In diesem Bereich fanden bisher die meisten Migranten mit geringer Qualifikation einen Job.

Bis jetzt fließt der Zuwanderungsstrom aus dem Ausland ungebremst weiter. 2007 sind 30 Prozent mehr Menschen in die Schweiz eingewandert als im Jahr zuvor. Der Wanderungssaldo (Einwanderung minus Abwanderung) verdoppelte sich in diesem Zeitraum. Auch für 2008 und 2009 erreicht die Zuwanderung aus dem Ausland Spitzenwerte und nimmt erst in den letzten Monaten leicht ab. Dennoch sind diese drei Jahre derzeit als Ausreißer nach oben zu verstehen und maßgeblich beeinflusst durch die zeitgleiche Hochkonjunktur im Land.

Die derzeitige Migration der Schweiz ist somit besonders ein Spiegel der wirtschaftlichen Lage, kann zusätzlich aber auch auf Grund anderer Faktoren erheblich variieren, beispielsweise durch Asylgesuche in Folge von Konflikten, Erleichterung des Familiennachzugs und Umsetzung des freien Personenverkehrs mit der EU. Dies war am 1. Juni 2007 der Fall, als die volle Personenfreizügigkeit gegenüber den 17 EU- und den EFTA-Mitgliedsländern eingeführt wurde.

Bis dato hat die Schweiz nur begrenzt an Attraktivität für ausländische Zuwanderer eingebüßt. Besonders die Deutschen nutzen weiterhin die Personenfreizügigkeit. Entscheidender Motor der Zu- und Abwanderung ist und bleibt die konjunkturelle Entwicklung. Im Falle einer anhaltenden Rezession im Land sind die Auswirkungen auf die Tausenden von Migranten und ihre Familien noch nicht absehbar. Rückblickend neigt die Politik dazu, bei ökonomischen Krisenlagen mit restriktiven Maßnahmen zur Begrenzung von Zuwanderung und der Erschwerung des Erwerbs dauerhafter Aufenthaltstitel zu reagieren.³¹

³⁰ Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.

³¹ Vuilleumier, Marc (2007): Schweiz. In: Bade, Klaus et. al.(Hg.) (2007): Enzyklopädie Migration in Europa. Paderborn.

Demografie und Zukunftsfähigkeit

Was sind eigentlich die treibenden Kräfte, sich mit dem auf den ersten Blick wenig spektakulären Thema „Die Schweiz und ihre Demografie“ auseinandersetzen?

Demografie erlaubt einerseits einen Blick in die Zukunft von Gemeinwesen, Wirtschaft und Wohlstand – andererseits stellt in jeder Nation die aktuelle Zusammensetzung der Bevölkerung eine Art Chronik der historischen Ereignisse dar. An den Moment des Augenblicks keineswegs gebunden, lebt der Mensch nämlich aus der Vergangenheit und mit Blick auf die Zukunft. Um jedoch in dieser Situation auch Eigenverantwortung übernehmen zu können, ist er auf eine weitsichtige Elementar- und Rahmenverantwortung der delegierten Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen.

Der demografische Wandel ist ein globales Phänomen, welches auch die Schweiz nicht unberührt lassen wird. Genau wie jedes andere Land hat auch die Schweiz sowohl ein einzigartiges Demografiemuster als auch einen individuellen Fahrplan in die Zukunft. Die Besonderheiten der Migration werden diesen Fahrplan einerseits, verglichen mit anderen europäischen Staaten, hinauszögern und andererseits möglicherweise etwas abschwächen. Dennoch muss sich auch die Schweiz mit folgender Frage aktiv auseinandersetzen und versuchen eine Antwort zu finden:

„Wie können in einer schrumpfenden Gesellschaft mit niedrigen Geburtenraten, einer abnehmenden Bevölkerungsgruppe im klassischen erwerbsfähigen Alter und einer geradezu exponentiell wachsenden älteren Generation nachhaltiger Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden?“

Auf individueller Ebene bedeutet dies, Arbeitseinkommen und Konsum in ein neues Gleichgewicht zu bringen, welches die Realitäten einer seit gut 200 Jahren kontinuierlich zunehmenden Lebenserwartung berücksichtigt. Auf der Ebene des Staates muss vor allem ein neues Gleichgewicht für Einnahmen und Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme (AHV, IV, Pensionskassen etc.) gefunden werden.

Bei der Gestaltung dieses neuen Gleichgewichts gilt es zu berücksichtigen, dass wir es nicht nur mit einer „Überalterung“ sondern auch mit einer „Unterjüngung“ zu tun haben. Wichtig ist dabei ein faires und zugleich produktives Verhältnis der Generationen untereinander. Um dies zu erreichen, ist in Zukunft keine Trennung der Generationen sondern eine Gesellschaft für alle anzustreben. Der mit der gestiegenen Lebenserwartung einhergehende Gewinn enthält ein Humankapitalpotenzial, welches gegenwärtig nicht annähernd ausgeschöpft ist.

Letztlich gilt auch in der Schweiz heute noch ein Gesellschaftsvertrag, der sich an der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung aus dem 19. Jahrhundert orientiert – eine strenge und gesetzlich geregelte Trennung zwischen Lern-, Arbeits- und Ruhestandsphase. Während im 19. Jahrhundert die Ruhestandsphase bestenfalls wenige Jahre dauerte, ist diese im 21. Jahrhundert zunehmend länger als die tatsächliche Arbeitsphase. Hinzu kommt, dass in einer auf Wissen basierenden Volkswirtschaft eine Verkürzung der Lern- und Ausbildungsphase mit Sicherheit keine Option darstellt.

Dennoch sind Volkswirtschaften mit alternden Bevölkerungen keineswegs zu Stagnation und Nullwachstum verdammt. Es gilt das vorhandene Humankapital durch lebenslange Weiterqualifizierung zu stärken und zwar auf der Basis einer guten körperlichen und seelischen Gesundheit sowie zeitgerechter Beschäftigungsmodelle für Männer und Frauen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Prinzipiell ist die Schweiz für diese Herausforderung in einer guten Ausgangsposition. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Bereitschaft hoch, sich im Arbeitsleben flexibel und situativ anzupassen. Dazu trägt auch der sehr gute Gesundheitszustand der Schweizer Bevölkerung bei, der im europäischen und internationalen Vergleich einer der Besten ist.

Gerade aus diesem Grund ist eines der „Lissabon Ziele“ der Europäischen Union, die Beschäftigung von Älteren zu fördern bzw. zu erhöhen und damit weiterhin Wohlstand und Wachstum sicherzustellen. Im Vordergrund sollte dabei nicht die pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters für alle Arbeitsnehmer, sondern passende Arbeitsplatzmodelle nach den Interessen aller Beteiligten stehen. Eigene Modellrechnungen von Ländern, die besonders von Bevölkerungsverlust betroffen sind (z.B. Deutschland), zeigen interessante Möglichkeiten auf. Demnach könnte durch eine stärkere Aktivierung der 55–65-Jährigen ein zukünftig erwarteter Rückgang von 0,4% der Erwerbstätigen trotz schrumpfender Bevölkerung kompensiert bzw. sogar überkompensiert werden³². Eine Vollzeitbeschäftigung im produzierenden Gewerbe oder in der Baubranche mag auch in Zukunft keine Option für einen 67-Jährigen sein, aber sie ist vielleicht im Interesse eines gleichaltrigen Managers. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt muss einhergehen mit flexibleren Arbeitszeitmodellen – auch und gerade was die Pensionierung angeht.

Der Zugewinn an Gesundheit im höheren Alter sollte nicht über den bevorstehenden enormen und wachsenden Pflegebedarf dieser Gruppe hinwegtäuschen. Besonders auf die betreuenden

³² Eberstadt, Nicholas / Groth, Hans (2008): Die Demografiefalle, Georg Thieme Verlag Stuttgart.

Familienangehörigen wird im Zusammenhang mit der häuslichen Pflege älterer Menschen eine starke Belastung zukommen. Unter den aktuellen Arbeitszeitmodellen und fehlenden Entlohnungskonzepten für die betreuenden Familienangehörigen ist diese Aufgabe kaum zu leisten.

Der demografische Wandel fordert daher von Gesellschaft und Politik ein langwieriges sowie nachhaltiges Umdenken und Handeln in den Schlüsselbereichen Bildung, Gesundheit und Arbeitszeit.

Bewusstsein als Lösung

Um die aufgezeigte demografische Herausforderung – definiert als schrumpfende Gesellschaft mit niedrigen Geburtenraten, abnehmenden Bevölkerungsgruppen im erwerbsfähigen Alter und einer geradezu exponentiell wachsenden älteren Generation – mit einer Vision und mit Zuversicht aufzugreifen, liegt es in unserer Verantwortung, die zukünftig Betroffenen entsprechend vorzubereiten. Wir müssen besonders die heute 20-Jährigen vorbereiten und ausbilden, damit sie mit kreativen Lösungsansätzen und neuen Geschäftsmodellen die Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft in 15 - 20 Jahren mit Erfolg meistern können.

Der erste Schritt auf dem Weg zu dieser Entscheidung ist ein breiter öffentlicher Diskurs zur Frage: «Was geschieht mit einem Land wie der Schweiz, wenn man demographische Veränderungen nicht angeht?» Der dann entstehende Druck führt ohne jeden Zweifel zu Handlungsoptionen und Prioritätensetzungen.

Literatur:

- Alzheimer Europe (2009): Dementia in Europe. Yearbook 2007.
- Avenir Suisse (Hrsg.) (2008): Die neue Zuwanderung. Zürich.
- Bundesamt für Statistik Schweiz (2009): Themen, Datenbank.
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen.html>
- Bundesamt für Statistik (2009): Die Zukunft der Langlebigkeit in der Schweiz. Neuenburg.
- Bundesamt für Statistik Schweiz (2008): Schweizer Tourismus in Zahlen 2008. Bern.
- Bundesamt für Statistik Schweiz (2007): Der Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich. Neuenburg..
- DIAMONT (2009): Alpine Database. <http://www.diamont-database.eu/>
- Eberstadt, Nicholas /Groth, Hans (2008): Die Demografiefalle. Georg Thieme Verlag Stuttgart.
- Europäische Kommission (2009): Eurostat, Online-Datenbank.
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>

- European Commission (2007): European Regional and Urban Statistics. Luxembourg.
- Kröhnert, Steffen/ Hoßmann, Iris/ Klingholz, Reiner (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Datenbank.
<http://stats.oecd.org/>
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2007): OECD Economic Surveys. Switzerland. Paris.
- Schuler, Martin et. al. (2007): Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz. Neue Zürcher Zeitung. Zürich.
- Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2008): Nationaler Gesundheitsbericht 2008. Neuenburg.
- Schweizerische Arbeitsmarktstatistik (2009): Die Lage auf dem Arbeitsmarkt 2009.
<http://www.amstat.ch>
- Thierstein, Prof. Dr. Alain et. al. (2006): Regionale Disparitäten in der Schweiz. Teilbericht 1. Zürich.
- Vuilleumier, Marc (2007): Schweiz. In: Bade, Klaus et. al. (Hg.) (2007): Enzyklopädie Migration in Europa. Paderborn.

Anhang

Die demografische Zukunft von Europa -

aktualisierte Regionalauswertung Schweiz 2009 vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Daten und Benotung (1 = höchster Wert, 6 = schlechtester Wert)

Gesamtnote

	Gesamtnote	
	2005/2006	2008
Schweizer Großregionen (NUTS-2)		
Genfersee	2,08	1,92
Espace Mittelland (mit Bern)	2,13	2,04
Nordwestschweiz	2,17	2,08
Zürich	2,00	1,88
Ostschweiz	2,00	2,00
Zentralschweiz	2,08	1,92
Tessin	2,42	2,29
Schweiz	2,08	1,92

Bereich Demografie

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Kinderzahl je Frau			Unter 35-Jährige			Frauenanteil je 100 Männer					
	2004	Benotung	2006	Benotung	2005	Benotung	2008	Benotung	2005	Benotung	2008	Benotung
Genfersee	1,45	4	1,50	4	42,8	4	42,3	4	101,4	1	100,0	1
Espace Mittelland (mit Bern)	1,43	4	1,43	4	40,8	4	39,8	5	99,3	1	99,6	1
Nordwestschweiz	1,35	4	1,37	4	40,4	4	39,5	5	100,0	1	98,9	2
Zürich	1,43	4	1,46	4	40,7	4	40,3	4	99,6	1	98,3	2
Ostschweiz	1,40	4	1,38	4	42,8	4	41,3	4	99,4	1	99,0	2
Zentralschweiz	1,44	4	1,47	4	43,4	4	42,0	4	100,3	1	98,7	2
Tessin	1,19	5	1,24	5	37,8	5	36,4	5	103,1	1	102,0	1
Schweiz	1,42	4	1,43	4	41,5	4	40,6	4	100,1	1	99,3	1

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Jährlicher Wanderungssaldo			Über 75-Jährige			Prognose 2030			Zwischennote Demografie				
	2001 bis 2004	Benotung	2004 bis 2007	Benotung	2005	Benotung	2008	Benotung	2005 bis 2030	Benotung	2009 bis 2030	Benotung	2005	2008
Genfersee	6,0	2	8,9	1	7,3	3	7,5	3	12,1	2	9,2	2	2,67	2,50
Espace Mittelland (mit Bern)	8,4	1	4,8	2	8,3	4	8,6	4	7,8	3	6,0	3	2,83	3,17
Nordwestschweiz	4,5	2	5,1	2	7,5	3	8,0	3	6,3	3	6,0	3	2,83	3,17
Zürich	5,8	2	8,9	1	7,4	3	7,6	3	13,1	2	10,3	2	2,67	2,67
Ostschweiz	7,9	1	3,4	3	7,6	3	7,8	3	5,8	3	6,3	3	2,67	3,17
Zentralschweiz	3,1	3	6,4	2	6,7	3	7,0	3	11,4	2	9,8	2	2,83	2,83
Tessin	5,8	2	9,0	1	8,8	4	9,3	4	9,3	2	7,5	3	3,17	3,17
Schweiz	6,4	2	6,4	2	7,6	3	7,9	3	9,2	2	7,8	3	2,67	2,83

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Bereich Gesundheit

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Lebenserwartung*		Säuglingssterblichkeit*		Zwischennote Gesundheit	
	2005	2008	2005	2008	2005	2008
Genfersee	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Espace Mittelland (mit Bern)	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Nordwestschweiz	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Zürich	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Ostschweiz	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Zentralschweiz	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Tessin	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00
Schweiz	81,3	81,8	1	1	1,50	1,00

* keine Daten auf regionaler Ebene

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Bereich Bildung, Wissenschaft und Technologie

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Jugendarbeitslosigkeit*		Hoch Qualifizierte	
	2006	2008	2006	2008
Genfersee	7,8	7,0	33,2	35,7
Espace Mittelland (mit Bern)	7,8	7,0	27,8	29,8
Nordwestschweiz	7,8	7,0	29,3	33,3
Zürich	7,8	7,0	34,4	36,6
Ostschweiz	7,8	7,0	25,1	27,1
Zentralschweiz	7,8	7,0	27,2	30,0
Tessin	7,8	7,0	27,5	30,9
Schweiz	7,8	7,0	29,7	32,2

* keine Daten auf regionaler Ebene

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Forschung und Entwicklung*		Patentanmeldungen*		Zwischennote Bildung, Wissenschaft, Technologie	
	2003	2004	2003	2006	2006	2008
Genfersee	2,9	2,9	366	212	1,50	1,50
Espace Mittelland (mit Bern)	2,9	2,9	366	212	1,75	1,50
Nordwestschweiz	2,9	2,9	366	212	1,75	1,50
Zürich	2,9	2,9	366	212	1,50	1,25
Ostschweiz	2,9	2,9	366	212	1,75	1,75
Zentralschweiz	2,9	2,9	366	212	1,75	1,50
Tessin	2,9	2,9	366	212	1,75	1,50
Schweiz	2,9	2,9	366	212	1,75	1,50

* keine Daten auf regionaler Ebene

Datengrundlage: Eurostat

Bereich Wirtschaft

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Verfügbares Einkommen		Umverteilung			Bruttoinlandsprodukt*		Fremdenverkehr		Zwischennote Wirtschaft			
	2004	2005	2004	2005	Benotung	2005	Benotung	2003 bis 2005	Benotung	2006 bis 2008	Benotung	2005	2008
Genfersee	18073	20237	1	69,3	1	34149	1	6,6	2	7,0	2	1,25	1,25
Espace Mittelland (mit Bern)	17589	19602	1	71,9	1	29233	2	3,3	4	3,6	3	2,00	1,75
Nordwestschweiz	20334	22248	1	74,6	1	48277	1	1,5	5	1,8	5	2,00	2,00
Zürich	23671	22958	1	75,4	1	45734	1	2,8	4	3,2	4	1,75	1,75
Ostschweiz	18386	18396	1	72,7	1	33962	1	7,1	2	7,5	2	1,25	1,25
Zentralschweiz	19203	20958	1	76,4	2	38384	1	4,6	3	5,2	3	1,75	1,50
Tessin	17040	16955	2	74,2	1	27476	2	7,9	2	8,3	2	1,75	1,75
Schweiz	19085	20548	1	73,8	1	36745	1	4,8	3	4,8	3	1,50	1,50

* keine Daten nach 2005 verfügbar

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Bereich Arbeitsmarkt

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Erwerbstätigkeit		Arbeitslosigkeit			Langzeitarbeitslose*		
	2006	2008	2006	2008	Benotung	2006	2008	Benotung
Genfersee	74,2	75,6	2	4,6	2	37,2	4	34,3
Espace Mittelland (mit Bern)	79,2	80,5	1	3,3	1	37,2	4	34,3
Nordwestschweiz	77,4	80,0	1	3,1	1	37,2	4	34,3
Zürich	80,6	81,6	1	3,1	1	37,2	4	34,3
Ostschweiz	78,8	81,3	1	2,7	1	37,2	4	34,3
Zentralschweiz	80,2	81,6	1	2,3	1	37,2	4	34,3
Tessin	70,1	70,0	2	5,0	2	37,2	4	34,3
Schweiz	77,9	79,5	1	3,4	1	37,1	4	34,3

* keine Daten auf regionaler Ebene

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Schweizer Großregionen (NUTS-2)	Frauen erwerbstätigkeit		Altersbeschäftigung			Zwischennote Arbeitsmarkt	
	2006	2008	2006	2008	Benotung	2006	2008
Genfersee	66,8	69,6	2	62,5	1	2,40	2,00
Espace Mittelland (mit Bern)	73,0	74,7	1	70,4	1	1,60	1,40
Nordwestschweiz	71,5	73,8	1	67,9	1	1,80	1,40
Zürich	73,7	76,4	1	71,7	1	1,60	1,40
Ostschweiz	71,7	75,9	1	71,9	1	1,60	1,40
Zentralschweiz	74,1	75,3	1	71,4	1	1,60	1,40
Tessin	60,9	61,0	3	54,8	2	2,80	2,60
Schweiz	71,1	73,5	1	68,4	1	2,00	1,40

Datengrundlage: Eurostat, Bundesamt für Statistik Schweiz

Bereich Klima

	Kohlendioxid-Emission*		Trend Kohlendioxid*		Regenerative Energien*		Zwischennote Klima	
	2005	Benotung	1990 bis 2005	Benotung	2005	Benotung	2005	2007
Schweizer Großregionen (NUTS-2)								
Genfersee	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Espace Mittelland (mit Bern)	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Nordwestschweiz	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Zürich	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Ostschweiz	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Zentralschweiz	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Tessin	6,2	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67
Schweiz	6,20	2	3,3	4	17,5	2	2,67	2,67

* keine Daten auf regionaler Ebene

Datengrundlage: Eurostat

Previous Discussion Papers:

David E. Bloom and David Canning,
"Global demography: fact, force and future",
No. 2006/ 1

David E. Bloom, David Canning, Michael Moore and Younghwan Song,
"The effect of subjective survival probabilities on retirement and wealth in the United States",
No. 2007/ 1

Glenda Quintini, John P.Martin and Sébastien Martin,
"The changing nature of the school-to-work transition process in OECD countries",
No. 2007/2

David Bell, Alison Bowes and Axel Heitmueller,
"Did the Introduction of Free Personal Care in Scotland Result in a Reduction of Informal Care?",
No. 2007/3

Alexandre Sidorenko,
"International Action on Ageing: Where Do We Stand?",
No. 2007/4

Lord Adair Turner of Ecchinswell,
"Population ageing or population growth: What should we worry about?",
No. 2007/5

Isabella Aboderin and Monica Ferreira,
"Linking Ageing to Development Agendas in sub-Saharan Africa: Challenges and Approaches",
No. 2008/1

United Nations Population Fund (ed.),
"The Madrid International Plan of Action on Ageing: Where Are We Five Years Later?",
No. 2008/2

Svend E. Hougaard Jensen and Ole Hagen Jørgensen,
"Low Fertility, Labour Supply, and Retirement in Europe",
No. 2008/3

Ronald Lee and Andrew Mason,
"Fertility, Human Capital, and Economic Growth over the Demographic Transition",
No. 2008/4

Asghar Zaidi and Alexandre Sidorenko,
"Features and Challenges of Population Ageing using the European Perspective",
No. 2008/5

David E. Bloom, David Canning, Günther Fink and Jocelyn E. Finlay,
"The High Cost of Low Fertility in Europe",
No. 2008/6

Robert L. Clark, Naohiro Ogawa, Makoto Kondo and Rikiya Matsukura,
"Population Decline, Labor Force Stability, and the Future of the Japanese Economy",
No. 2009/1

Jovan Zamac, Daniel Hallberg and Thomas Lindh,
"Low Fertility and Long Run Growth in an Economy with a Large Public Sector",
No. 2009/2

Previous Letters:

Ariela Lowenstein,
"The Israeli experience of advancing policy and practice in the area of elder abuse and neglect",
No. 2007/1

Jeffrey L. Sturchio & Melinda E. Hanisch,
"Ageing and the challenge of chronic disease: do present policies have a future?"
No. 2007/2

Summary of a Special Session with: Bengt Jonsson (chair), Michaela Diamant, Herta Marie Rack and Tony O'Sullivan,
"Innovative approaches to managing the diabetes epidemic",
No. 2007/3

Baroness Sally Greengross,
"Human Rights Across the Generations in Ageing Societies",
No. 2008/1

Marie F. Smith,
"The Role of Lifelong Learning in Successful Ageing",
No. 2008/2

Aurore Flipo, Hélène Derieux and Janna Miletzki,
"Three Student Essays on Demographic Change and Migration",
No. 2009/1

Nicholas Eberstadt & Hans Groth,
"Too sick to prosper: Russia's ongoing health crisis obstructs economic growth and development",
No. 2009/2

WDA Forum

P.O. Box 2239
CH-9001 St.Gallen, Switzerland

phone: +41 (0)71 242 79 79 fax: +41 (0)71 242 79 78
www.wdaforum.org info@wdaforum.org